(Vierter Expedition: Kommandanten-Straße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inserate pro Petitzeile 2 Sgr. Diejenigen geehrten Abonnenten hier, welche die Urwähler-Zeitung früh Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Botenlohn. Außerhalb Preußens beliebe man sich an die zunächst belegenen Postämter im Inlande an die bekannten Spediteure der des Postdebits verlustigen Zeitungen zu wenden.

№ 22. Berlin, Dienstag, den 27. Januar 1852.

Das Oberhaus der Spenerschen Zeitung.

Unser Staat ist schon wieder in einer Krisis, und wenn uns die Spenersche Zeitung nicht beispringt, geht Alles verloren.

Die Spenersche Zeitung weiß aber, Gott sei Dank. Alles und läßt ihrer Natur nach uns niemals im Stich, Sie springt wie ein treuer Pudel in's Wasser, geht wie Papageno durch's Feuer und rettet das Vaterland auf den leisesten Wink, und Alles mit Unabhängigkeit, außerordentlicher staatsmännischer Haltung und wahrhaft prophetischer Weisheit. Ja, sie ist so konsequent hinterher, um zu retten, daß sie heute unverdrossen in den Abgrund springt, vor dem sie uns gewarnt und morgen, wenn es sein muß, auf den höchsten Felsgipfel hinaufklettert, von welchem sie ehegestern erst mit Hallo hinunterjagte. Und Alles, das ist das Schönste dabei, mit Unabhängigkeit und um der reinen Wahrheit willen, und auf den leisesten Wink.

Jetzt befürwortet sie eine erste Kammer, die von der Krone ernannt wird und sie hat auch ihre Gründe dafür, indem sie sagt: die ganze Nation ist der parlamentarischen Form höchst überdrüssig.

Wir wissen diesen Ausspruch um so höher an ihr zu schätzen, als sie [gerade] vor etwa einer Woche das Gegentheil behauptet hatte. Damals war sie voll moralischer Entrüstung, daß man dem parlamentarischen Wesen so feindselig und sich einbilde, daß es ganz ohne Wurzeln im Volke sei. Allein in einer Woche fallen viel Tropfen vom Dach, besonders bei jetzigem Wetter, und ändern sich viele Ansichten, besonders bei jetzigen Zeiten, und fallen eine ganze Masse Winke, besonders beim gegenwärtigen Stand der Presse; und deshalb ist es gut, wenn eine Zeitung die schöne Eigenschaft besitzt, heute das Gegentheil von dem behaupten zu können, was man gestern behauptet hat, wenn man dabei nur in einem Punkte konsequent ist, nämlich in der getreuen Pudelnatur der patriotischsten Gutgesinntheit.

Aber nicht nur in ihrem Wollen ist sie so konsequent inkonsequent, nicht nur in ihren sich widersprechenden Behauptungen ist sie so unabhängig geistreich, sondern auch in der Entwickelung ihrer Ansichten ist sie wahrhaft groß. Sie sagt nämlich nichts ohne die schlagendsten Beweise und führt nichts aus, was sie nicht mit den scharfsinnigsten Gründen belegt.

Sie hat es nämlich herausgebracht, daß die jetzigen Kammern nichts taugen; und zwar aus folgenden Gründen. Die zweite Kammer mache der Regierung zu viel parlamentarische Opposition und da die Regierung doch thut, was ihr recht scheint, so ist es sonnenklar, daß das nicht geht. Sie will eine **starke** Kammer, die von großem Gewicht bei der Regierung ist und um dazu zu gelangen — will sie eine erste Kammer, deren Mitglieder ganz allein von der Regierung ernannt werden! Sie will ein **„Oberhaus!"**

Man könnte sich wahrhaftig vor Verzweiflung mit der Faust vor das Oberhaus schlagen, daß man solche geistreiche Idee nicht von selber entdeckt hat, wenn nicht der Gedanke in der That zu neu wäre. Ja, er ist uns auch noch jetzt so neu, daß wir seine Tiefe noch immer nicht recht begreifen. Die zweite Kammer ist zu ohnmächtig gegen die Regierung, und um diesem Uebel abzuhelfen, soll sich die Regierung eine erste Kammer nach Belieben schaff n! —

Aber die Spenersche Zeitung ist bei all' dem bescheiden und so harmlos wie ein milchweißes Mäuschen. Sie gesteht, daß sie nicht immer so gedacht hat wie jetzt, also sie hat sich geirrt; aber Irren ist menschlich und Menschlichkeiten muß man der Spenerschen Zeitung zu gute halten. Sie sagt:

„Daß die erste Kammer keine Wahlkammer sein darf, darüber haben uns die bisherigen Erfahrungen hinlänglich aufgeklärt. Es ist gewiß, daß ihr Schwerpunkt in der Pairie liegen muß; es ist dies auch den Vorurtheilen nicht entgangen, welche vor zwei Jahren die Botschaft vom 7. Januar bekämpften; der Kampf richtete sich eben gegen die Pairie. Man glaubte, Wahlkammern würden ein größeres und unabhängigeres Gewicht in die Wagschale werfen. Die Hoffnung hat sich nicht bestätigt. Wir machen aus dem Irrthume in politischen Dingen bei unseren Anfängen konstitutionellen Lebens Keinem einen Vorwurf.“

Wenn wir nach diesen Worten der Spenerschen Zeitung gleichfalls wegen Irrthümer Keinem einen Vorwurf machen wollen, so gestehen wir doch allen Ernstes, daß wir nicht ohne Weiteres darum Alles gut heißen können. Wir müssen uns daher diese Worte der Spenerschen Zeitung etwas näher ansehen.

Daß die erste Kammer keine Wahlkammer sein darf, darüber ist die Spenersche Zeitung „durch die Erfahrung“ belehrt. — Wie lautet aber diese Erfahrung? — Sie lautet: Die jetzige erste Kammer, eine Wahlkammer, hat kein unabhängiges Gewicht in die Schale zu werfen, das heißt, ihre Opposition ist gegen die Regierung nicht mächtig genug.

Nach diesen Worten müßte man schließen, daß die Spenersche Zeituug Opposition gegen die Regierung in der ersten Kammer haben wolle, und zwar eine solche Opposition, die gewichtig genug ist, die Regierung zu zwingen, den Willen der Kammer auszuführen. Nun ist es schon eine Thorheit, zu meinen, die Kammer recht „unabhängig“ zu machen, wenn der Regierung das Recht eingeräumt wird, sie zu ernennen. Die Kammer wird sicherlich netto so unabhängig sein, wie die Spenersche Zeitung eine unabhängige Zeitung ist! — Das schönste ist aber doch folgender Gedanke.

Die Spenersche Zeitung weiß es so gut wie alle Welt, daß die jetzige erste Kammer gerade für ihr Projekt ist, und daß die Regierung dasselbe Projekt befürworten oder gar in die Kammer bringen wird. — Nun aber denke man sich nur, was die Spenersche Zeitung für Anschauungen haben muß, wenn sie glaubt, daß die Regierung, die doch der Spenerschen Zeitung zu stark ist, und die erste Kammer, die ja der Spenerschen Zeitung zu „abhängig“ ist, wirklich den Vorschlag machen werden, ein Oberhaus zu bilden, um dadurch eine Macht **gegen** die Regierung zu schaffen!

Aber schadet nichts! Mags darum sein! Mag man ein Oberhaus revidiren! — Mögen Andern den süßen Träumereien sich hingeben, eine preußische **Volksvertretung** her und fort revidiren zu können, unser Trost bleibt, daß das preußische **Volk** sich, Gottlob, nicht revidiren läßt. Das ist, wie es ist!

Berlin, den 26. Januar.

—* Der in unserer Zeitung mitgetheilte stenographische Bericht einer Audienz, welche die Vertreter von 21 Gesellenschaften bei dem Ministerpräsidenten von Manteuffel gehabt, hat dem Oberbürgermeister Krausnick auch Veranlassung gegeben, sich direkt an den Herrn Ministerpräsidenten mit dem Gesuche zu wenden, dem Magistrate die von der Deputation vorgetragenen Beschwerden näher zu bezeichnen, damit ein aktenmäßiger Bericht erstattet werden könne. Wie wir hören, ist auf dieses Gesuch von dem Ministerpräsidenten unterm 22. d. Mts. folgende an den Ober-Bürgermeister Krausnick gerichtete Antwort ertheilt worden: „Der Magistrat hierselbst hat sich durch die Mittheilungen öffentlicher Blätter über eine Deputation mehrerer Gesellenschaften hiesiger Innungen, die ich empfangen, und über die mir von dieser Deputation in Betreff der gewerblichen Verwaltung des Magistrats vorgetragenen Beschwerden veranlaßt gefunden, in dem Bericht vom 6. d. M. mich um nähere Bezeichnung dieser Beschwerden zu bitten, um demnächst seinerseits mir darüber einen aktenmäßigen Bericht zu erstatten. Ich finde es indessen, wie ich Ew. Hochwohlgeboren hierdurch ergebenst bemerklich mache, nicht angemessen, mich über diesen Gegenstand mit dem Magistrat in einen Schriftwechsel einzulassen, theils weil ich auf Grund von Zeitungsnachrichten meinerseits niemals Erklärungen abgebe, theils weil es dem Ressort-Verhältnisse nicht entsprechen würde, wenn ich über eine Angelegenheit, in welcher die Regierung zu Potsdam die vorgesetzte Behörde des Magistrates ist, mit diesem unmittelbar in Erörterungen eingehen wollte. So wenig es mir aber beikommt, in dieser oder in irgend einer anderen Dienstsache den gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungs-Weg zu unterbrechen, eben so halte ich mich für verpflichtet, Beschwerden aller Art, welche an mich gelangen, entgegenzunehmen und deren Prüfung sowie erforderlichen Falls deren Abstellung herbeizuführen. Ganz besonders lasse ich mir diese Pflicht angelegen sein, wenn die Beschwerden gegen büreaukratische Bedrückung gerichtet sind, denn ich weiß aus Erfahrung, daß diese nicht selten achtungswerthen Klassen der Gesellschaft gerechte Ursache zur Unzufriedenheit giebt, und daß dieselben Beamten, von denen sie ausgeübt wird, gewöhnlich zugleich diejenigen sind, welche den Anordnungen ihrer Vorgesetzten Widerstand entgegenstellen. Beide Richtungen aber müssen — das ist meine Ueberzeugung — kräftigst bekämpft werden. Indem ich nun, was den vorliegenden Fall betrifft, mein Urtheil natürlich bis nach vollständiger Erörterung der Sache suspendire, bemerke ich ergebenst, daß ich die bezeichneten Beschwerden hiesiger Gesellenschaften dem Herrn Handels-Minister zur weitern Veranlassung zugestellt habe, durch welchen auch der Magistrat Behufs der gewünschten Berichterstattung davon Kenntniß erhalten wird. Meiner Seits werde ich die Sache aber fortwährend im Auge behalten und zweifele nicht, daß auch Ew. Hochwohlgeboren derselben dasjenige lebhafte Interesse zuwenden werden, welches sie aus allgemeinen Rücksichten, ganz besonders aber für die dabei zunächst betheiligte hiesige Stadt verdient.“

— In der „Voss. Z.“ findet sich eine Erwiderung des Stuhlmachers Schwarz auf das erwähnte Inserat des Oberältesten der Bäckerinnung, Herms. Hr. Schwarz sagt, daß er mit der Ruhe, welche die Wahrheit Jedem giebt, der Entwickelung und gerichtlichen Entscheidung der Sache entgegensehe; er habe nicht die Ehrenhaftigkeit der hiesigen Bäcker auch nur im Geringsten verdächtigen wollen, es bleibe aber dennoch Thatsache, daß am 13. Nov. 1849 beim Aufruf der Gewerke auf dem Kölln. Rathhause bei den Bäckern der Ruf 30 Thlr., ja 40 Thlr. gehört wurde.

— In der heutigen Sitzung der 2. Kammer überreichte der Justizminister zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Einführung des Zeitungsstempels und einer Wechselsteuer. Der erstere Gesetzentwurf bezweckt die Einnahme, welche die Staatskasse bis zum 1. Januar 1849 aus der Zeitungssteuer genossen, ihr wieder zuzuwenden. Während früher die Zeitungssteuer ohne Rücksicht auf den Umfang erhoben wurde, soll künftig von allen politischen Blättern, von Zeitschriften, sowie auch von solchen Blättern, die nur Anzeigen enthalten, eine Steuer von

½ Pfennig auf je 100 Quadrat-Zoll erhoben werden. — Nach einigen Wahlprüfungen kam der Nobe'sche Antrag, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse zur Verhandlung; derselbe wurde verworfen. Für die Verwerfung stimmten die Minister, die Rechte, das Zentrum und einige Abg. der Linken. Man schritt sodann zur Verhandlung über einen Petitionsbericht, worunter auch das erwähnte Gesuch Brauners und der hiesigen deuschkatholischen Gemeinde. Die Kammer ging über dieselben zur Tagesordnung über.

— In der 1. Kammer wurden heute mehrere bereits erwähnte Anträge eingebracht. Der Antrag von Heffter u. Gen. über Bildung der 1. Kammer wird an eine neu zu bildende Kommission gewiesen. Für den Antrag von Lette und v. Forstner, zur Untersuchung der von der Regierung gegen die freien und deutschkatholischen Gemeinden getroffenen Maßregeln, verlangt v. Forstner eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern; dafür sind 78 (Linke, Bethmann-Hollweg, Gerlach, Stahl ꝛc.), dagegen 60. Der Antrag von Brünneck und v. Vincke auf Einbringung einer neuen Gemeinde-Ordnungsvorlage wird an die Gemeindekommission gewiesen; bei dem Antrag des Abgeordneten Klee, welcher die politischen Verbrechen den Geschwornengerichten entziehen will, erhebt sich wiederum eine Diskussion; derselbe wird mit 76 (Rechte) gegen 70 Stimmen an die 9. Kommission gewiesen. Es folgt hierauf die Berathung des 3. Berichts der Petitionskommission, wobei das schon in der 1. Kammer erwähnte Gesuch des Grafen Saurma um gänzliche Verfassungsrevision eine Debatte hervorruft. Der von der Linken und der Bethmann-Hollweg'schen Partei unterstützte Antrag auf einfache Tagesordnung wird mit 86 gegen 64 Stimmen verworfen und eine von der Kommission vorgeschlagene motivirte Tagesordnung angenommen.

— In neuester Zeit ist eine wiederholte Aufforderung des Bundestages vorzugsweise an die thüringschen Regierungen ergangen, in der energisch auf die Revision der Verfassungen gedrungen wird.

— Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Zollvereins-Kongreß bereits in vier Wochen berufen wird.

— Wie die „N. Pr. Z." äußerlich vernimmt, hat der Kriegs-Minister der Budget-Kommission der 2. Kammer mitgetheilt, dieselbe möge vorläufig die Berathung über den Militär-Etat aussetzen, da er weitere desfallsige Anträge einzubringen gedenke. Dasselbe Blatt hört ferner, daß eine wesentliche weitere Erhöhung des diesjährigen Militär-Etats nicht stattfinden wird, daß dagegen eine anderweitige Verwendung der bereits erhobenen Mehr-Forderung für diesen Etat beabsichtigt wird.

† Heute morgen halb 9 Uhr erschien bei Arthur Müller, der in seinem Schlafrocke am Schreibtische saß, ein Polizei-Wachtmeister mit einem Verhaftsbefehle, während Flur, Treppe und Hof von Schutzmännern besetzt waren. Der zu Verhaftende mußte sich natürlich vor allen Dingen anziehen, bei welcher nothwendigen Beschäftignng es ihm gelang, seine Flucht zu bewerkstelligen. Das Wie? ist noch unaufgeklärt. Eine spätere zweimalige Durchsuchung des Hauses war ohne jeden Erfolg.

† Dem Jahresbericht der Darlehnskasse des 2. Stadtbezirks für 1851 entnehmen wir folgende Angaben. Ende 1850 betrug der Kassenbestand 396 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf.; die Beiträge und Geschenke pro 1851 beliefen sich auf 246 Thlr. 8 Sgr., die Zinsen auf 6 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., die Rückzahlungen auf Darlehen auf 847 Thlr. 25 Sgr.; die gesammte Einnahme betrug daher 1497 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf. Verausgabt wurden: für 55 Darlehen 1106 Thlr., worunter 27 à 5 Thlr., 2 à 10 Thlr., 1 à 11 Thlr., 2 à 15 Thlr., 4 à 20 Thlr., 2 à 25 Thlr., 7 à 30 Thlr., 7 à 50 Thlr., 2 à 60 Thlr., 1 à 100 Thlr. Es wurden angekauft 300 Thlr. 4½ proz. preuß. Anleihe incl. Zinsen für 309 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf., die Verwaltungskosten betrugen 13 Thlr. 5 Sgr.; die gesammte Ausgabe belief sich somit auf 1429 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. und es blieb ein Baarbestand von 68 Thlrn. 20 Sgr. 3 Pf. Hierzu die Ende 1851 ausstehenden Darlehen im Betrage von 732 Thlrn. 20 Sgr., ferner obige 300 Thlr. Anleihe mit 309 Thlrn. 28 Sgr. 6 Pf., beträgt das Vermögen des Vereins 1111 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf., nach Abzug von 90 Thlr. 22 Sgr. für Darlehen, deren Rückzahlung als zweifelhaft oder ganz ausfallend zu betrachten ist, bleibt ein wirkliches Vermögen von 1020 Thlrn. 16 Sgr. 8 Pf. Im Jahre 1851 hat sich das Vermögen um 240 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. vermehrt. Seit Begründung der Kasse (Juni 1848) wurden ausgeliehen: 1848 — 216 Thlr., zurückgezahlt 66 Thlr. 12 Sgr.; 1849 — 677 Thlr., zurückgezahlt 496 Thlr. 6 Sgr., 1850 — 778 Thlr., zurückgezahlt 631 Thlr. 27 Sgr.; 1851 — 1106 Thlr., zurückgezahlt 847 Thlr. 25 Sgr., in Summa ausgeliehen 2775 Thlr., zurückgezahlt 2042 Thlr. 10 Sgr., bleiben Rest 732 Thlr. 20 Sgr.

† Die Kommission des Gewerberaths, welche über die vom Magistrat verlangte Begutachtung der auf Grund des Ortsstatuts für Gesellenkassen zu errichtenden Kassen für Fabrikarbeiter berathen sollte, beabsichtigte zugleich die Rechtsgültigkeit des Ortsstatuts in Erwägung zu ziehen. Diese Frage wurde jedoch vorerst nicht diskutirt, da der Vorsitzende der Kommission die Mittheilung machte: Der Bürgermeister Hr. Naunyn habe ihm erklärt, die Gesellen seien allerdings über das Ortsstatut gehört worden, ihre Versammlungen seien aber stets so tumultuarisch gewesen, daß kein Resultat erzielt werden konnte; man sei auch bereit gewesen, die offiziellen Verhandlungen vorzulegen, da bekanntlich die Vertreter der Gesellenschaften die von Hrn. Naunyn aufgestellte Behauptung geradezu in Abrede stellen, als aber die Aktenstücke eingefordert wurden, seien sie — gerade nicht zur Hand gewesen. Die Kommission stellte deshalb den folgenden Antrag, der auch vom Gewerberath bereits angenommen ist: der Gewerberath sei bereit, sich der gewünschten Begutachtung zu unterziehen, erbitte sich jedoch zuvor zu seiner Information die über die vorherige Berathung mit den Gesellen aufgenommenen Verhandlungen.

— Eine Revision unserer Gewerbesteuer-Gesetzgebung herbeizuführen, wird nach dem „C.-B." zu den nächsten Aufgaben der Regierung gehören. Bei der Vorberathung des Budgets der direkten Steuer ist das Mißverhältniß zur Sprache gekommen, daß Handwerker wie Bäcker und Schlächter nicht selten eine höhere Gewerbesteuer zahlen als die größten Kaufleute und Fabrikanten und bei dieser Veranlassung der Staatsregierung eine Revision der betreffenden Gesetzgebung zur Erwägung gegeben worden.

— Zur Feier des Jahrestages Friedrich des Zweiten wird die Königliche Akademie der Wissenschaften am Donnerstage den 29sten d. Mts., Nachmittags um fünf Uhr, eine öffentliche Sitzung halten, zu welcher der Zutritt, auch ohne besondere Einladung durch Karten, frei steht.

— Der Redaktion des katholischen Anzeigers ist untersagt worden, das Blatt Sonntags am Eingange der Hedwigskirche zu verkaufen.

† Bekanntlich sind die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft, welche sich in Betreff der Beiträge zum Gewerberath beschwerend an den Handelsminister wandten, abschläglich beschieden worden; in dem Antwortschreiben des Ministers heißt es: „Ihre Behauptung: nicht alle Handeltreibende seien Gewerbetreibende, ist für die Erledigung der vorliegenden Beschwerde ohne Einfluß, da die Entscheidung eben nur davon abhängt, daß auch die Handeltreibenden zu den Gewerbetreibenden, nicht aber davon, daß alle Gewerbetreibende zu den Handeltreibenden gehören .... Sie werden selbst ermessen, daß die Vertretung der Interessen des Handelsstandes durch den Gewerberath, so weit sie mit den Interessen des Handwerker- und des Fabrikstandes in Berührung kommen und eines gemeinsamen Organs zur Ausgleichung bedürfen, den Verhältnissen entspricht, und daß

die Korporation der Kaufmannschaft ein solches Organ bisher eben so wenig besessen hat, als die übrigen gewerblichen Stände."

Sachsen. Bei der Berathung des Heimathsgesetzes nahm die 1. Kammer eine Bestimmung an, nach welcher ausländische Juden auch ferner nur in den Städten Dresden und Leipzig nur mit Genehmigung des Ministeriums und nur unter der Voraussetzung Aufnahme finden können, wenn die Obrigkeit und die Gemeindevertrer der betreffenden Stadt zuvor ihre Zustimmung ertheilt haben. Nur insofern ist eine Aenderung eingetreten, als bei Verheirathung eines inländischen Juden mit einer ausländischen Jüdin eine ausdrückliche Aufnahme der letzteren nicht mehr wie früher erfordert wird.

Rudolstadt. In dem Erlaß, welcher die Ernennung eines neuen Ministeriums kund macht, und in der gleichzeitigen Verordnung die Aufhebung der Grundrechte betreffend, hat der Fürst den Titel „von Gottes Gnaden" wieder angenommen.

Baden. Am 24. wird das Gesetz über Verlängerung des Kriegszustandes verhandelt und mit Hinzufügung einiger frommer Wünsche genehmigt werden.

Stuttgart. Die zweite Kammer hat einen zum Polizeistrafgesetz beantragten Zusatz, welcher für Bettler ꝛc. Prügelstrafe bis zu 50 Streichen festsetzte, verworfen.

Wien. Nach der „L. Z. C." soll der Präsident der französischen Republik die Einberufung eines europäischen Kongresses beantragt haben, um durch denselben die bestehenden Verträge vom Jahre 1815 einer Revision zu unterziehen. Diese Verträge enthalten bekanntlich die Bestimmung, daß kein Mitglied der Familie Napoleons je wieder den Thron Frankreichs besteigen dürfe. — Der Zollkongreß giebt der östreichischen Presse fortwährend Gelegenheit, über die sich dort darbietende „Uebereinstimmung" zu jubeln. — Durch Breslau sind 5 englische Bankiers gereist, welche angeblich bei der Neugestaltung der östreichischen Finanzen mitwirken sollen. — Nach Briefen aus Turin sollen die schwer gravirten Flüchtlinge aus Piemont ausgewiesen, die andern in kleinere Städte geschickt werden. — In Graz ist die Konstitutionsgasse wieder in Neugasse umgetauft worden.

Eine umfassende Razzia, die in Folge eines Anfalls auf 3 Gensd'armen in den Gebirgen an der steyrischen Grenze unternommen wurde, hat zur Verhaftung von über 100 Deserteuren, über 230 Flüchtlingen und mehr als 200 Paßlosen geführt.

Paris. 24. Januar. Zu dem Morde und zur Deportation tritt nun auch die Plünderung, denn die Handlanger der feigen Blutherrschaft wollen bezahlt sein. An Fould's Stelle, welcher der maßlosen Verschwendung und Plünderung einigermaßen entgegentrat, und der Geldmacht wenigstens einige Garantien bot, hat Vineau, eine bloße Kreatur Bonaparte's ohne eigenen Willen, die Finanzen übernommen. Die Einziehung der orleanistischen Güter war eine Nothwendigkeit in der Kette der schamlosesten Gewaltmaßregeln. L. Napoleon sucht zwar in seinem Dekrete die That durch allerhand Gründe der „öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt" zu beschönigen; die wahre Absicht tritt aber deutlich genug hervor. Der Art. 1 des Dekretes lautet: Die Mitglieder der Familie Orleans, Gatten, Gattinnen und Nachkommen, können keinerlei Mobilien und Immobilien in Frankreich besitzen: sie sind gehalten, definitiver Weise alle ihnen zubehörigen Güter im Gebiete der Republik zu verkaufen. Die folgenden Art. bestimmen, was ihnen davon verbleiben solle. Diese Dekrete haben in den „höheren Regionen" eine furchtbare Erbitterung hervorgerufen und werden die Folge von vielen Entlassungen sein.

Die Güter werden im Dekrete auf 300 Millionen Francs veranschlagt, sollen aber nach der „Ind." nur 80 Mill. werth sein; die darauf haftenden Schulden werden auf 40 Millionen angegeben.

Paris, 24. Januar. Die Minister des Krieges und der Marine haben ihre Entlassung eingereicht, dieselbe aber auf Veranlassung des Präsidenten wieder zurückgenommen. —

London, 23. Januar. General Leflo, eines der Opfer des Staatsstreichs, hat seinen Wohnsitz auf der Insel Jersey aufgeschlagen, wo auch Changarnier, Lamoriciere und Bedeau erwartet werden. Man darf wohl voraussetzen, daß sie diesen der französischen Küste so nahen Punkt nicht ohne Absicht zu ihrem Wohnsitz erwählt haben, sondern auf einen baldigen Umschwung der Dinge rechnen, der ihre Gegenwart in ihrem Vaterlande erfordern würde.

Dem Maschinenbauer-Verein ist aus Manchester angezeigt worden, daß eine dortige Firma, deren Werkstätten seit dem 10ten d. geschlossen waren, sich den von dem Ausschuß der Arbeiter vorgeschlagenen Bedingungen gefügt habe. In Folge dessen sollten die Arbeiter gestern wieder aufgenommen werden. Wie es scheint, wird der Streit am Ende doch zu Gunsten der Arbeiter entschieden werden, obgleich fast die gesammte Presse gegen sie Partei nimmt.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim, in Berlin.

Berlin,
Verlag von Theodor Heymann.

Druck von W. Pormetter in Berlin,
Kommandantenstr. 7.